

Entschließungsantrag **der Fraktionen der CDU/CSU und FDP**

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksachen 11/6576, 12/671 (neu) –

Bericht über Bestrebungen und Leistungen der Jugendhilfe
– Achter Jugendbericht –

Stellungnahme der Bundesregierung zum Achten Jugendbericht

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Die Vereinigung Deutschlands und der Prozeß der Einigung Europas haben für junge Menschen eine neue Zukunft eröffnet. Für junge Menschen in Deutschland, insbesondere in den neuen Bundesländern, gibt es neue Freiheiten und vielfältige neue Lebenschancen.

Viele junge Menschen im Osten Deutschlands haben dazu beigetragen, das totalitäre Herrschaftssystem der SED abzuschütteln. Mit ihrem Einsatz für Freiheit und soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Einheit haben sie eindrucksvoll eine grundlegende Änderung bewirkt.

Die Mehrheit der jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland sieht optimistisch in die Zukunft. Diese Zuversicht ist begründet. Sie bejahen die Vereinigung, weil sie die Zukunft auf eine friedliche Grundlage stellt. Für die jungen Menschen in den neuen Bundesländern bedeutet die Vereinigung das Ende ihrer auferzwungenen Isolation. Erstmals können sie sich frei bewegen und arbeiten, studieren und engagieren, wo sie wollen. Die jungen Menschen sind froh, Teil eines gemeinsamen Europas zu sein und die sich daraus ergebenden Perspektiven nutzen zu können.

Für alle Bürgerinnen und Bürger hat die Einheit Deutschlands grundlegende Veränderungen gebracht. Insbesondere von jungen Menschen in den neuen Bundesländern verlangt der Umbruch eine Neuorientierung in fast allen Lebensbereichen. Sie sind aufgewachsen in einem Staat, der Individualität systematisch unterdrückte und dessen Erziehung auf Anpassung an die Vor-

gaben von Ideologie, Staat und Einheitspartei ausgerichtet war. Dieser Staat hat seiner jungen Generation zutiefst mißtraut und hat Spuren im Denken und in den Seelen der jungen Menschen hinterlassen. Um so wichtiger ist es, daß die demokratisch gewählten Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland zeigen, daß sie Vertrauen in die junge Generation haben. Vertrauensbildung ist ein langwieriger Prozeß. Er muß berücksichtigen, daß der Übergang von einer Gesellschaft der organisierten Verantwortungslosigkeit, der Gängelung und Bevormundung zu einer offenen, auf Selbstverantwortung und Eigeninitiative beruhenden, freiheitlichen, den Menschenrechten verpflichteten Gesellschaft ohne Vorbereitung und ohne Übergänge erfolgt ist. Diese radikalen Umwälzungen führen bei manchen zu Resignation, bei einigen aber auch zur Aggression.

In dieser schwierigen Situation sind die meisten jungen Menschen bereit, in der Demokratie am Aufbau einer neuen Gesellschaft mitzuarbeiten und ihre Chancen durch Mitwirkung zu verbessern. Sie erkennen, daß es vielfältige neue Möglichkeiten gibt, daß eigene Leistung lohnt und sich aussichtsreiche Perspektiven auftun. Die jungen Menschen in den neuen Ländern nehmen diese Chance bereits im großen Umfang wahr.

Junge Menschen in ganz Deutschland wachsen heute in dem Bewußtsein auf, daß Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung im Blick auf die eine Welt verstanden werden müssen. Sie wissen, daß die meisten Gleichaltrigen noch in Armut und Unterdrückung leben. Wohlstand und Demokratie empfinden sie daher als Verpflichtung, für eine gerechtere Welt einzutreten. Aber sie erwarten auch zu Recht von Politikern, ihre Sorgen ernstzunehmen und ihr Handeln an diesen Zielen auszurichten.

Unsere Demokratie ist auf die Mitarbeit der jungen Menschen angewiesen. Sie müssen hierbei wirkungsvoll unterstützt werden von den Kommunen, den Ländern und dem Bund, aber auch von den gesellschaftlichen Kräften und Trägern der verbandlichen und offenen Jugendarbeit.

II.

Der Deutsche Bundestag begrüßt die zahlreichen Initiativen der Bundesregierung, um den jungen Menschen in den neuen Ländern in dieser schwierigen Situation zur Seite zu stehen:

- Durch gemeinsame Anstrengungen von Staat und Wirtschaft ist es gelungen, in den neuen Ländern allen Jugendlichen einen Ausbildungsplatz anzubieten. Die von vielen vorhergesagte Lehrstellenkatastrophe ist ausgeblieben.
- Mit Einführung der Sozialen Marktwirtschaft können die Jugendlichen in den neuen Bundesländern erstmals von dem Grundrecht auf freie Wahl von Ausbildung und Beruf Gebrauch machen. Die Schwierigkeiten beim Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft mildert die Bundesregierung durch ihre aktive Arbeitsmarktpolitik, die auch jungen Menschen am Anfang ihres beruflichen Lebens zugute kommt. Maßgebend für eine positive Entwicklung in diesem Bereich ist die hohe

Weiterbildungsbereitschaft der jungen Arbeitnehmer und ihre größere Mobilität.

- Die Umstrukturierung und inhaltliche Umgestaltung des Schul- und Hochschulwesens ist eingeleitet. Die wechselseitige Anerkennung der erworbenen Bildungsabschlüsse im gesamten Bundesgebiet ist durch Vereinbarungen weitgehend sichergestellt. Mit dem Erneuerungsprogramm für Hochschule und Forschung ist die Grundlage für eine personelle Erneuerung und die Verbesserung der Ausstattung der Hochschulen geschaffen. Das BAföG wurde in den neuen Bundesländern eingeführt und auf die besonderen Belange ausgerichtet.
- Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der neuen Bundesländer, durch ihre Kindertagesstättengesetze den Erhalt der Kinderbetreuungseinrichtungen abzusichern. Die Bundesregierung hat einen wesentlichen Beitrag zur Weiterführung der Kindertageseinrichtungen geleistet.
- Gerade für junge Familien wurden Maßnahmen beschlossen, die wichtige Schritte auf dem Weg zur Verwirklichung von mehr Wahlfreiheit, Gleichberechtigung und Partnerschaft zwischen Männern und Frauen darstellen. Dazu zählen:
 - die Verlängerung der Bezugsdauer des Erziehungsgeldes sowie des Erziehungsurlaubs,
 - der Ausbau des Familienlastenausgleichs durch erhöhtes Kindergeld und erhöhte Kinderfreibeträge,
 - die Ausdehnung der Freistellung von der Arbeit zur Pflege eines kranken Kindes,
 - die Verbesserung der gesetzlichen Grundlagen für die Rückkehr von Frauen nach der Familienphase in das Berufsleben,
 - der Ausbau der Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung im Rentenrecht,
 - die Förderung junger Menschen in der Wohnungspolitik durch familienpolitische Komponenten.

Dies sind wichtige Elemente einer kinder- und jugendfreundlichen Politik in der ganzen Bundesrepublik Deutschland.

- Der Deutsche Bundestag begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung zum Aufbau einer öffentlichen und freien Jugendhilfestruktur in den neuen Bundesländern.
- Der Deutsche Bundestag würdigt die Anstrengungen der Bundesregierung bei der Einführung einer demokratischen Wehrverfassung für die ganze Bundesrepublik Deutschland. Auch im östlichen Teil unseres Landes gibt es jetzt Streitkräfte, die den Prinzipien einer den Grundrechten verpflichteten inneren Führung folgen, sowie die Möglichkeit eines Zivildienstes für diejenigen, die aus Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe verweigern.

- Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bundesregierung bei der Erweiterung des internationalen Jugendaustausches. Gerade für junge Menschen bietet dieser Austausch die Möglichkeit, die Einigung Europas zu erleben und mitzugestalten.

III.

Jugendpolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Sie hat dazu beizutragen, positive Lebensbedingungen für junge Menschen und ihre Familien sowie eine kinder- und familienfreundliche Umwelt zu erhalten oder zu schaffen. Alles staatliche Handeln muß die Auswirkungen auf die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigen. Dies gilt für alle Ebenen unseres Gemeinwesens in gleicher Weise.

Der Deutsche Bundestag appelliert deshalb an die Bundesregierung, die Länder und Kommunen sowie die gesellschaftlichen Gruppen, bei der Erfüllung der folgenden Forderungen mitzuwirken:

- Jugendliche in Ost und West müssen gleiche Chancen in Erziehung, Schule, Ausbildung und Beruf erhalten, damit sie in einer offenen Gesellschaft ihre Zukunft aktiv gestalten können. Das gilt ebenfalls für behinderte Jugendliche.
- Die Erziehungskraft der Familien muß durch weitere gezielte familienpolitische Maßnahmen gestärkt werden. Die Erziehung in der Familie muß durch ein bedarfsgerechtes Angebot an Plätzen in Kindertagesstätten und in Ganztagschulen unterstützt und ergänzt werden.
- Die Rahmenbedingungen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie, Ausbildung und Beruf müssen ausgebaut werden. Hierzu gehören auch flexible Arbeitszeiten, mehr Teilzeitarbeit sowie das Recht auf einen Kindergartenplatz.
- Der Bildungsauftrag der Schule hat sich an den Grundwerten der Verfassung auszurichten. Ein gegliedertes Schulwesen schafft dazu die notwendigen Voraussetzungen.
- Ein leistungsfähiges duales System der beruflichen Bildung erfordert neben der qualifizierten betrieblichen Ausbildung fachlich gut ausgestattete Berufsschulen. Die Förderung der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten sollte fortgesetzt werden. Die duale Berufsausbildung muß gegenüber der Hochschulbildung attraktiver gestaltet werden.
- Die Schul- und Studienzeiten sind zu verkürzen; der Erwerb des Abiturs nach bereits zwölf Schuljahren sollte in allen Bundesländern ermöglicht werden.
- Vergleichbare schulische und berufliche Abschlüsse sind europaweit anzuerkennen.
- Die aktive Arbeitsmarktpolitik muß durch Verstärkung der Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen für Jugendliche fortgesetzt werden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen mit geeigneten Fortbildungselementen sowie Selbsthilfeinitiativen müssen weiterhin jungen Arbeitnehmern als Brücke zum Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

- Die Betriebe und die ausbildende Wirtschaft sind – auch im eigenen Interesse – aufgefordert, möglichst wohnortnah entwicklungsfähige Ausbildungs- und Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen.
- Junge Menschen sind in ihrem sozialen und ökologischen Engagement zu unterstützen. Noch fehlende gesetzliche Voraussetzungen sind alsbald zu schaffen.
- Der Aufbau pluraler Trägerstrukturen in der Jugendhilfe ist weiter zu fördern. Dazu gehört ein plurales Angebot einer außerschulischen Jugendbildung und der Jugendsozialarbeit. Bei der Herstellung der inneren Einheit kommt der Politischen Bildung eine besondere Bedeutung zu.
- Jugendpolitik muß Toleranz unter den jungen Menschen fördern. Gewalt und Radikalismus sind entschlossen zu bekämpfen. Die Bundesregierung wird aufgefordert, Programme gegen Gewalt in enger Zusammenarbeit mit allen politischen Ebenen und den freien Trägern durchzuführen.
- Die Einrichtungen und Vereine für den Breitensport müssen ebenso wie kulturelle Jugendverbände im Interesse der Jugendlichen zügig ausgebaut bzw. unterstützt werden. Die Jugendfreizeitangebote sind zu erhalten, qualitativ zu verbessern und auszuweiten.

Der Deutsche Bundestag fordert alle jungen Menschen auf, die durch die Vereinigung eröffneten Chancen zu nutzen, die Begegnung zwischen Ost und West intensiv zu suchen, neugierig aufeinander zu sein und aktiv an der inneren Einheit Deutschlands mitzuwirken. Die Fähigkeit, auf Institutionen und Funktionsweisen der Demokratie konstruktiv einzugehen, muß erlernt werden.

Bonn, den 11. Dezember 1991

Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

